

Stärkere Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung

Der Parteitag spricht sich zur Stärkung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung für folgende Maßnahmen aus:

- Den Bau eines bremischen Azubiwohnheims zu beginnen und alle dafür notwendigen Schritte schnellstmöglich in die Wege zu leiten! Bei Bauvorhaben des Studierendenwerks ist Wohnraum für Azubis (25 %) freizuhalten sind.
- Das bestehende Schüler:innen-Ticket des VBN, das auch Berufsschüler:innen einschließt, zu einem mit dem Semesterticket vergleichbaren Ticket für alle Azubis auszuweiten und gültig für das gesamte VBN-Gebiet ist.
- Keine Benachteiligung an der Kasse! Wir fordern alle Unternehmen, die vergünstigte Angebote für Studierende anbieten auf, diese auch auf Azubis auszuweiten.
- Bei öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung müssen schnellstmöglich gleichwertige Angebote für Azubis geschaffen werden.
- Die Ausweitung der bestehenden dezentralen im Bereich der Berufsschulen angesiedelten sozialpädagogischen Beratungsstruktur für Auszubildende („Bleib dran!“) auf alle Berufsschulen und eine Ergänzung um ein Angebot psychologischer Erstberatung, die ihnen ein vergleichbares Angebot wie es für Studierenden in Bremen existiert bietet.

Darüber hinaus bedarf es weiterhin einer allgemeinen Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und einer Ausweitung des Ausbildungsangebotes. Wir setzen uns in Bremen deswegen für eine Ausweitung von Ausbildungsfonds ein, wie sie schon heute im Baugewerbe und der Pflege bestehen! Nur so können wir die Kosten der Ausbildung auf auszubildende und nicht-auszubildende Betriebe solidarisch verteilen. Unser Ziel ist allen Menschen, die eine Ausbildung machen wollen, auch einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Im Koalitionsvertrag bereits vereinbart, muss diese Umlage jetzt auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus sind auch fachliche und sprachliche Unterstützungsangebote insbesondere für Azubis mit Sprachförderbedarf und Bildungsbenachteiligung erforderlich.

Darüber hinaus ist auch beim Thema Ausbildung eine umfassende Tarifdeckung in allen Branchen entscheidend.

Auch hier setzen wir uns auf Bundesebene für Maßnahmen ein, um mehr Auszubildenden in den Genuss von Tarifverträgen kommen zu lassen.

Nicht zuletzt muss die Politik ihre Handlungsspielräume im öffentlichen Dienst nutzen und eine auskömmliche Vergütung von Azubis gewährleisten! Gerade Berufe im öffentlichen und öffentlich finanzierten Bereich (vom Straßenbahnfahrer*innen bis zu den Pflegekräften) verdienen eine bessere Bezahlung. Das Land Bremen als Arbeitgeber muss hier seine Vorbildfunktion durch volle Tarifbindung beibehalten und verbliebene Lücken in der Tarifbindung schließen.